



## Angela Merkel: Appell gegen Mutlosigkeit

„Zehn Punkte für Wachstum und Arbeit“ – dieser Initiative des CDU-Spitzenkandidaten bei den niedersächsischen Landtagswahlen hat am 2. Dezember in Berlin das Parteipräsidium seine einhellige Unterstützung gegeben. Damit ist ein deutliches Signal zum „Gegensteuern statt neuer Steuern“ gesetzt, die Rot-Grün fast täglich in die Diskussion wirft.

„Wir verschaffen den Bürgern die Klarheit, auf die sie Anspruch haben“, erklärte die Parteivorsitzende auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Christian Wulff, „und rücken die Aufgabe des Staats zurecht, der den Menschen dienen, ihnen Freiräume verschaffen muss und nicht – wie Franz Müntefering meint – durch ständig neue Steuern den privaten Konsum beschneiden darf.“ ▶

### INHALT

#### UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS:

Altmaier: Einsetzung  
mit überwältigender  
Mehrheit beschlossen

SEITE 3

#### LAURENZ MEYER:

Wir wollen das Jahr 2003  
zum Jahr der Mitglieder-  
werbung machen

SEITE 8-9

#### DOKUMENTATION

Erwin Teufel: Wirtschaft  
und Arbeitsmarkt. Rede  
im Bundesrat

## „Glück auf!“

Laurenz Meyer stellt den neuen Sprecher der Partei vor.

Claus Zemke heißt er und kommt vom Mitteldeutschen Rundfunk. Seinen ersten Auftritt im Konrad-Adenauer-Haus hatte er auf der Pressekonfe-



Foto: Marco Urban

renz nach der Präsidiums-sitzung am 2. Dezember, bei der die Parteivorsitzende ihn den Journalisten vorstellte. Am Abend holte der Generalsekretär die richtige Vorstellung noch einmal bei einem Imbiss mit Berliner Korrespondenten nach. Meyers Aufforderung an die Gäste: „Löchern Sie ihn! Claus Zemke wird Ihnen immer ein ehrlicher Ansprechpartner sein.“

## Christian Wulff: Es ist Zeit für **mutige** Entscheidungen

Fortsetzung von Seite 1

**„Wenn das dringend notwendige Wirtschaftswachstum nicht noch länger ausbleiben soll, dann müssen jetzt mutige Entscheidungen getroffen werden.“**

Christian Wulff erläuterte Einzelheiten seines Zehn-Punkte-Programms und betonte, dass nach den Wahlen am 2. Februar Hessen und Niedersachsen Rot-Grün „auf dem Feld des Arbeitsmarkts, der Arbeits- und Tarifrechts zur Vernunft bringen“ werden.

- Auf 500 Euro will die CDU – so Wulff – die Verdienstgrenze für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in allen Branchen erhöhen.
- Betriebliche Bündnisse

*„...was wir machen, ist richtig: weniger für den privaten Konsum – und mehr dem Staat Geld geben.“*

Franz Müntefering

für Arbeit sollen generell möglich sein, wenn sie bestehende Arbeitsplätze sichern und neue schaffen.

■ Neu gegründete Unternehmen sollen in den ersten vier Jahren ohne Beschränkungen befristete Arbeitsverträge schließen können.

■ Das Kündigungsschutzrecht soll durch eine Option erweitert werden, die es insbesondere älteren Arbeitsuchenden erlaubt, Abfindungsregelungen anstelle des Kündigungsschutzes zu vereinbaren.

### Angela Merkel: Wir brauchen jetzt vernünftige Entscheidungen

Die Vielzahl der Meinungen, mit denen Sprecher der rot-grünen Koalition seit dem Wahltag am 22. September nicht nur zum Thema Steuern, sondern auch zu Rente und Ge-

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.nurmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

PETER ALTMAIER:

## Einsetzung mit überwältigender Mehrheit **beschlossen**

**Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im beantragten 1. Untersuchungsausschuss der 15. Wahlperiode erklärt:**

Die CDU/CSU hat mit überwältigender Mehrheit den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beschlossen. In dem Antrag heisst es:

„Der Untersuchungsausschuss soll klären, ob und in welchem Umfang Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere Bundeskanzler Gerhard Schröder, Bundesfinanzminister Hans Eichel, Bundesministerin Ulla Schmidt sowie der damalige Arbeits- und Sozialminister Walter Riester und Parlamentarische

Staatssekretäre im Jahr 2002 Bundestag und Öffentlichkeit hinsichtlich der Situation des Bundeshaushaltes, der Finanzlage der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung sowie der Einhaltung der Stabilitätskriterien des EG-Vertrages und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts durch den Bund vor der Bundestagswahl am 22. September 2002 falsch oder unvollständig informiert haben, wer von allen Vorgenannten dieses wie und mit wessen Hilfe im Verantwortungsbereich der Bundesregierung getan und welche Verabredungen es dazu gegeben hat.“

stärken.“ Als Gründe für diese Haltung nannte die Parteivorsitzende unter anderem die enormen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen der Türkei und der Europäischen Union.

■ Nur 22 Prozent des durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukts der EU-Staaten erreiche die Türkei. ■ Das türkische Haus-

haltsdefizit liege bei 15 Prozent, während die Maastricht-Kriterien die Einhaltung der Drei-Prozent-Grenze vorschreiben.

Hinzu komme: Die politischen Institutionen in der Türkei erfüllen immer noch nicht die Forderungen, die die europäischen Staaten an den demokratischen Rechtsstaat stellen. **UD**

sundheit die Öffentlichkeit verwirren, müsse endlich in vernünftige Entscheidungen münden. Mit Gesetzesinitiativen – so Angela Merkel – werde die Union dafür sorgen, dass es zu einer dauerhaft tragfähigen Reform der Altersversorgung und des Gesundheitssystems komme.

Wo sich durch Rat- und Mutlosigkeit der rot-grünen Koalition Resignation breit macht, will die Union – so die Parteivorsitzende – wieder Hoffnung wecken.

## Privilegierter Status ja – aber keine Voll-Mitgliedschaft für die Türkei

Mit Blick auf den EU-Rat in Kopenhagen hat sich das Präsidium auch mit der Frage einer EU-Mitgliedschaft der Türkei befasst. „Die CDU möchte“, erklärte Angela Merkel, „dass der Türkei ein privilegierter Status in den Beziehungen zur Europäischen Union eingeräumt wird. Es wäre aber falsch, ihr heute einen Zeitpunkt für die Vollmitgliedschaft zu nennen und damit ohnehin fahrlässig geweckte Erwartungen der Türkei weiter zu ver-

# Gegensteuern statt neuer Steuern.

## 10 Punkte für Wachstum und Arbeit

Als Beitrag zur Lösung der immensen Probleme unseres Landes macht die CDU folgende zehn Vorschläge, die von unseren Ministerpräsidenten in den Verhandlungen mit der Bundesregierung – unterstützt von den Wahlsiegen in Niedersachsen und Hessen – durchgesetzt werden sollen:

**1.** Wir wollen, dass auf Arbeitnehmerseite steuer- und sozialabgabenfreie Nebenjobs in Form von 500€-Jobs wieder zugelassen werden. Jeder soll die Möglichkeit haben, sich neben seinem Hauptjob brutto gleich netto etwas dazuzuverdienen. Dafür wird die frühere unbürokratische Pauschsteuerregelung wieder eingeführt. Viele Unternehmen bekommen dadurch wieder mehr Flexibilität in den Betriebsablauf. Wir lassen uns von dem Grundsatz leiten: Wer mehr in unserem Land arbeiten will, darf nicht unter Strafe gestellt werden.

Wenn es gelingt, dadurch in einem ersten Schub auch nur zwei Drittel der 1999 infolge der Abschaffung der Regelung von Rot-Grün verlorengel-

Mehr  
Arbeitsplätze  
durch eine neue  
Balance von Schutz  
und Chance

gangenen 800.000 regulären Jobs zurückzuholen, wären damit kurzfristige Steuer-Mehreinnahmen von bis zu 1 Mrd. € verbunden, die einen Beitrag zur Stabilisierung der Beiträge der GKV und der GRV leisten sollten.

### Verdienstgrenze anheben

**2.** Generell wollen wir die Verdienstgrenze für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in sämtlichen Branchen von 325€ auf 500€ anheben, damit die Betriebe dieses Instrument wieder flexibler einsetzen können. Durch die Anhebung auf 500€ wollen wir dafür sorgen, dass das volle Stundenkontingent von maximal 15 Stunden pro Woche von den Betrieben wieder ausgeschöpft werden kann und höhere Stundenlöhne gezahlt werden können.

**3.** Die Regelungen zur Scheinselbständigkeit werden ersatzlos gestrichen – sie unterlaufen alle Bemühungen um mehr unternehmerische Selbständigkeit. Die Scheinselbständigkeitsregelung hat mittelbar den Verlust von nahezu 1 Mio. Arbeitsplätzen zur Folge gehabt. Die „Ich AG“ ist hierzu keine Alternative: Hier handelt es sich vielmehr um ein hochsubventioniertes Kunstgebilde, das schon allein deswegen keinen Ersatz für echte Selbständigkeit darstellt.

**4.** Neu gegründete Unternehmen sollen die Möglichkeit erhalten, die ersten vier Jahre ohne Beschränkungen mit befristeten Arbeitsverträgen zu arbeiten.

**5.** Die derzeitige Regelung bei den befristeten Arbeitsverträgen, wonach diese nur bei Ersteinstellungen möglich sind (Befristung ohne sachlichen Grund), wird aufgehoben. Künftig sollen befristete Arbeitsverträge auch dann grundsätzlich möglich sein, wenn mit dem gleichen Arbeitgeber bereits früher ein befristetes Arbeitsverhältnis bestanden hat.

**6.** Gegenwärtig sind fast 1,5 Mio. Menschen über 50 Jahre arbeitslos, der größte Teil von ihnen gehört zur Gruppe der Langzeitarbeitslosen. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, älteren Arbeitslosen keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu geben und auf deren Kreativität und Arbeitsbereitschaft zu verzichten. Der Weg der Bundesregierung, ältere Arbeitslose ab 55 Jahren aus der Arbeitslosenvermittlung zu nehmen, damit sie in der Arbeitslosenstatistik nicht mehr auftauchen, ist ein verheerendes Signal in die Gesellschaft und völlig kontraproduktiv in Anbetracht der demographischen Herausforderungen der Rentenversicherung. Wir wollen alles daran setzen, dass ältere Arbeitslose dem Arbeitsmarkt nicht verloren gehen. Deswegen werden wir die Möglichkeit, befristete Arbeitsverhältnisse ohne sachlichen Grund einzugehen, die bisher nur bei Arbeitnehmern möglich ist, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, auf eine Altersgrenze von 50 Jahren heruntersetzen.

Über 55-jährigen Arbeitslosen wollen wir darüber hinaus helfen, wieder in ein Beschäftigungsverhältnis zu gelangen, indem in das Kündigungsschutzge-

setz ein Optionsrecht eingefügt wird, das es Arbeitnehmern und Arbeitgebern erlaubt, Abfindungsregelungen im Gegenzug für einen Verzicht auf Kündigungsschutzklagen bei gesetzlichen Mindeststandards frei zu vereinbaren. Wir werden prüfen, ob mit einer Übertragung des Optionsrechts generell auf Langzeitarbeitslose auch für diese zusätzliche Chancen am Arbeitsmarkt entstehen.

---

■

### Wieder mehr Planungssicherheit für die Betriebe

**7.** Der uneingeschränkte Rechtsanspruch auf Teilzeit bereits in kleineren Unternehmen hat sich zu einem massiven Einstellungsverhinderungsprogramm insbesondere für junge Frauen entwickelt. Wir wollen in das Gesetz eine Änderung einfügen, wonach der Teilzeitananspruch an inhaltliche Voraussetzungen (bspw. Kinderbetreuung, Pflege von Hilfsbedürftigen) geknüpft werden muß, damit die Betriebe wieder mehr Planungssicherheit bekommen und diejenigen, die einen Arbeitsplatz suchen, wieder bessere Chancen auf Beschäftigung haben.

**8.** Die gewaltigen Beschäftigungspotentiale der Zeitarbeit müssen besser erschlossen werden, indem die bisherigen Beschränkungen der Zeitarbeit abgeschafft werden. Die Pläne von Rot-Grün gehen demgegenüber genau in die entgegengesetzte Richtung: Leiharbeit wird soweit verteuert, dass sie aus Sicht des Entleihbetriebs unattraktiv wird. Zeitarbeit ist für Hunderttausende von Arbeitslosen die Brücke zurück in den Arbeitsmarkt.

Wir werden dafür sorgen, dass Zeitarbeitsunternehmen mit allen anderen Dienstleistungsunternehmen gleichgestellt werden. Deswegen werden wir die Liberalisierung bei den befristeten Arbeitsverhältnissen auf Zeitarbeitsunternehmen übertragen, das Synchronisationsverbot abschaffen und die maximale Verleihdauer im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz von 24 auf 36 Monate erhöhen.

**9.** Wir wollen betriebliche Bündnisse für Arbeit gesetzlich absichern, indem wir die Rechte der Arbeitnehmervertreter in den Betrieben stärken. Das Günstigkeitsprinzip wollen wir weiter auslegen. Es soll den Arbeitnehmervertretungen künftig eingeräumt werden, neben

Lohn und Arbeitszeit auch die Beschäftigungsaussichten zu berücksichtigen. Wenn zwei Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einer Abweicheung der Betriebsvereinbarung vom Tarifvertrag zustimmen, soll dies als Vermutung für eine günstigere Regelung gelten. Zur Sicherung der Tarifautonomie wird den Tarifparteien ein gemeinsames oder einzeln auszuübendes Einspruchsrecht eingeräumt.

**10.** Wir wollen die Schwarzarbeit verstärkt in den regulären Bereich zurückholen und die Einnahmesituation des öffentlichen Gesamthaushalts verbessern.

Wir wollen die Steuer- und Sozialabgabenfreiheit von Zweitjobs wieder einführen, um möglichst viele dieser Tätigkeiten wieder aus der Schwarzarbeit herauslösen. Statt die Gewährung der Eigenheimzulage phantasielos zusammenzuziehen und die Arbeitsplätze von bis zu 250.000 Bauarbeitern zu gefährden, halten wir es für dringend erforderlich, Mehreinnahmen für die öffentliche Hand dadurch zu erzielen, dass die Schattenwirtschaft im Baubereich in die Legalität soweit wie möglich

**RICHTIGER WEG AUS DER KRISE.** *Das Land benötigt eine Debatte über den richtigen Weg aus der Krise. Das Land braucht die Kreativität der Opposition. Die Vorschläge machen auch eines deutlich: Die Union glaubt an die Chance auf neues wirtschaftliches Wachstum, während die Regierung diese Hoffnung offenbar fahren lässt - und sich längst darauf konzentriert, das Vorhandene an Arbeit und Geld zu verteilen.*

Stuttgarter Zeitung

zurückgeholt wird. Dazu wollen wir die Gewährung der Eigenheimzulage (soweit Neubauten betroffen sind) an die Vorlage von Bauhandwerkerrechnungen knüpfen.

### Deutschland braucht einen Motivationsschub

Der Arbeitsmarkt muss aus seiner Überregulierung befreit werden. Wir brauchen leistungsfähige Arbeitsmärkte. Die Chancen auf Arbeit für alle zu nutzen – dies ist entscheidend für unser Verständnis von sozialer Gerechtigkeit und ist in der gegenwärtigen Phase die einzige Möglichkeit, einen Wachstumsprozeß wieder in Gang zu bringen.

Wenn es uns gelingt, mit der Entfesselung unseres Arbeitsmarktes binnen eines Jahres auch nur 250.000 zusätzliche Jobs und zahlreiche reguläre Zweitjobs

zu schaffen, würden die öffentlichen Haushalte um rd. 12 Mrd. € entlastet werden.

Das Arbeits-, Tarif- und Sozialrecht darf diese Chance nicht verbauen, sondern muss den Schutzgedanken stärker mit dem Chancengedanken verknüpfen. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Deswegen wollen wir den individuellen Bedürfnissen, den unterschiedlichen Prioritäten und Sicherheitsinteressen der mündigen Arbeitnehmer in den Betrieben stärker Rechnung tragen. Flexibilität und Sicherheit stehen nicht nur in einem Spannungsverhältnis, sie bedingen einander. Nur bei genügend Flexibilität kann auf Dauer Beschäftigung gesichert und soziale Sicherheit gewährleistet werden.

[http://](http://www.cdu.de)

Voller Wortlaut der Initiative : [www.cdu.de](http://www.cdu.de)

## Ziel von Justiz und Polizei: kriminelle Karrieren **frühzeitig abbrechen**

„Hessen und Thüringen arbeiten bei der Verbrechensbekämpfung sehr gut und eng zusammen. Insbesondere auf dem Feld der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ist dies unverzichtbar. Gemeinsame Arbeitsbesprechungen sind Ausdruck der Partnerschaft zwischen den Nachbarländern“, sagten der Thüringer Justizminister Karl Heinz Gasser und der hessische Justizminister Christean Wagner am 2. Dezember bei einer Konferenz hessischer und Thüringer Staatsanwälte in Meiningen.

Die Leiter der hessischen und der Thüringer Staatsanwaltschaften sind zusammen gekommen, um Maßnahmen der Verbrechensbekämpfung abzusprechen und Erfahrungen auszutauschen. Auf der Tagesordnung stehen die Verfolgung von Intensiv- und Mehrfachstraftätern, der Einsatz der staatsanwaltschaftlichen Eingreifreserve, Maßnahmen zur Verbesserung der Vermögensabschöpfung und Erfahrungen mit der Jugendstation Gera.

### Intensivtäter-Konzept: wichtiger Baustein der Sicherheitsarchitektur in Hessen

Der hessische Justizminister Wagner berichtete über die Strafverfolgung von Intensivtätern. „Das Konzept gegen Intensivtäter ist ein wichtiger Baustein der Sicherheitsarchitektur in Hessen“, erklärte der Minister. Er wies darauf hin, dass relativ wenige Straftäter für eine Vielzahl von Straftaten verantwortlich seien. Eine erfolgversprechende Kriminalitätsbekämpfung müsse daher diese Tätergruppe besonders berücksichtigen. Ziel einer gemeinsamen Richtlinie von Justiz und Polizei sei es, kriminelle Karrieren möglichst frühzeitig abzubauen. Dazu sehe das Intensivtäterkonzept im Kern eine Bündelung von staatsanwaltlichen und polizeilichen Ressourcen vor.

Polizei und Staatsanwaltschaft werden künftig tätigerorientiert und deliktübergreifend ermitteln. Zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität habe

Hessen beim Generalstaatsanwalt in Frankfurt eine künftig aus acht Staatsanwälten bestehende Eingreifreserve gebildet. Diese unterstütze die hessischen Staatsanwaltschaften bei komplizierten und umfangreichen Ermittlungskomplexen. „Die Eingreifreserve hat sich als Instrument zur schnellen und gezielten Ermittlungsarbeit hervorragend bewährt“, führte Wagner aus.

Der Minister wies darauf hin, dass bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität der Vermögensabschöpfung eine große Bedeutung zukomme: „Die Vermögensabschöpfung trägt wesentlich zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens bei. Dieses lebt von dem Streben nach Gewinn. Durch die Vermögensabschöpfung treffen wir es an seinem Lebensnerv.“ Ein kürzlich der Öffentlichkeit vorgestelltes Konzept einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe sehe eine noch engere Kooperation von Polizei und Staatsanwaltschaft, die Einführung von Sonderstaats-

anwältin, gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen und eine anteilige Zuweisung der abgeschöpften Vermögenswerte an Polizei und Justiz vor.

Minister Gasser stellte die Thüringer Erfahrungen mit der Jugendstation Gera vor, die seit 2000 besteht. Unter einem Dach sind dort Jugendgerichtshilfe, Polizei und Staatsanwaltschaft untergebracht. Gasser: „Die direkte Zusammenarbeit der Behörden unter einem Dach führt zu einem Beschleunigungseffekt, der gerade bei jungen Straftätern von größter Bedeutung ist.“

### Erfolgreiche Patenschaft

Weitere Themen der Konferenz der Generalstaatsanwälte und Leitenden Oberstaatsanwälte werden unter anderem Richtlinien zum beschleunigten Verfahren, Erfahrungen mit dem Gewaltschutzgesetz sowie der Datenaustausch mit der Polizei sein. Minister Gasser abschließend: „Die Zusammenarbeit mit Hessen war für uns nach der Wiedervereinigung eine große Unterstützung. Der *kleine Bruder* ist erwachsen geworden, so dass nunmehr eine Partnerschaft auf gleicher Ebene besteht.“

## Laurenz Meyer: Wir wollen das Jahr 2003 zum Jahr der Mitgliederwerbung machen

### Liebe Freunde,

die CDU als Volkspartei lebt von ihren Mitgliedern. Erst durch sie sind wir eine schlagkräftige und kampagnenfähige Organisation. Es liegt also in unserem eigenen Interesse, über möglichst viele Mitstreiter zu verfügen.

In jüngster Zeit höre ich immer öfter von großen Erfolgen bei der Mitgliederwerbung. Das korrespondiert mit den deutlichen Zuwächsen unserer Mitgliederzahlen in den Monaten September und Oktober 2002. Um diesen Trend fortzusetzen, müssen wir diese Aktivitäten noch ausbauen.

Zur Unterstützung Ihrer Arbeit bieten wir deshalb über das IS-Versandzentrum einen Werbeleporello (Bestellnummer **5932**) und einen neu gestalteten Mitgliederantrag (Bestellnummer **6719**) an. Das Konrad-Adenauer-

Haus wird im Übrigen die vielen tausend Bürgerinnen und Bürger ansprechen, die sich in den vergangenen Monaten interessiert an uns gewandt haben. Soweit Einwohner Ihres Kreisverbandes betroffen sind, werden Sie selbstverständlich über den Kontakt informiert.

### Gehen Sie auf die Menschen zu

Sicherlich sind auch in Ihrem Kreisverband zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, die es anzusprechen lohnt. Daher bitte ich Sie: Gehen Sie bitte jetzt auf diese Personen zu und werben Sie für eine Mitgliedschaft in der CDU – der Zeitpunkt ist günstig.

Über diese kurzfristigen Maßnahmen hinaus sind weitere mittelfristige Aktivitäten in der Vorbereitung, die Mitgliederbasis der CDU auszubauen. ▶

Mitglied werden

**Willkommen in der CDU.**

Besser für die Menschen.

**CDU****„Rot-Grün macht sauer“**

Der Aufkleber (siehe Rückseite) für Ihre Aktion gegen den rot-grünen Steuerwahnsinn: Verschenken Sie Zitronen an die Menschen – versehen mit unserem Aufkleber „Rot-Grün macht sauer“. Ein sympathischer Aufhänger für Ihre Gespräche mit den Bürgern. Geeignet für Canvassing, Aktionen in Fußgängerzonen usw.

**Die Bestelldaten für den Aufkleber finden Sie ebenfalls auf der der Rückseite.**

**Zeit für Taten. Willkommen in der CDU.**

Mitgliedsantrag.

**CDU**

► **Das Jahr 2003 wollen wir deshalb zum Jahr der Mitgliederwerbung machen.**

Wir nutzen das kommende Jahr, um die Sympathisanten der CDU und die von Rot-Grün Enttäuschten von einem Eintritt in unsere Partei zu überzeugen.

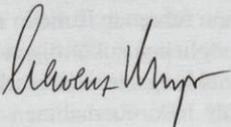
Dazu werden wir eine breit angelegte Mitglie-

derwerbekampagne starten, die im Kern auf dem vielen bekannten Kontakter-Modell beruht. Dies ist eine mittel- und langfristige Aufgabe, die bis zum Parteitag des nächsten Jahres überall gestartet sein soll. Unmittelbar nach den Landtagswahlen in Hessen und in Niedersachsen werden wir die Kampagne starten. Die

notwendigen Informationen werden wir Ihnen rechtzeitig zur Verfügung stellen.

Ich bitte Sie daher schon jetzt, sich an unserer Mitgliederkampagne zu beteiligen.

**Mit freundlichen Grüßen**

Ihr 

CHRISTIAN RUCK:

## Außenpolitischer Amoklauf des Kanzlers wird **viel Geld** kosten

**Zur Anfrage der US-amerikanischen Regierung hinsichtlich einer Unterstützung der Bundesregierung beim Wiederaufbau des Irak, falls es zu militärischem Eingreifen kommen muss, erklärte der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:**

Jetzt ist es amtlich: Die USA haben bei der Bundesregierung auch angefragt wegen einer Bereitstellung von Ressourcen für den Wiederaufbau des Irak, falls es zu einem Krieg kommen muss. So sehr Letzterer vermieden werden muss, so deutlich ist dies ein Zeichen dafür, dass unser Land nach Schröders unverantwortlichem Ausscheren aus der internationalen Irak-Allianz Zahlmeister werden soll für einen vielleicht notwendigen Irak-Wiederaufbau. Die USA haben der Bundesregierung klar gemacht, dass Deutschland sich nicht aus der Verantwortung stehlen darf und eine führende Rolle in einer möglichen zukünftigen Entwicklungszusammenarbeit mit Irak übernehmen soll.

Unser Land steht damit nicht nur vor einem diplomatischen Scherbenhaufen, sondern muss auch noch des Kanzlers außenpolitischen Amoklauf mit viel Geld bezahlen – und das bei dem bekannten rot-grünen Haushaltschaos. Auf das kostspielige Engagement in Afghanistan könnten noch teurere und längerfristige Verpflichtungen im Irak folgen.

Jetzt rächt sich zudem, dass die Bundesregierung bisher die Brisanz der politischen Lage in der Region um den Irak links liegen gelassen hat. Denn ihr Versuch, jetzt kurzfristig ein Entwicklungskonzept für den Irak zusammen zu basteln, wird behindert durch eine schon lange überfällige politische Konzeption gegenüber der gesamten Region.

CHRISTIAN SCHMIDT:

## In der „Fuchs-Affäre“ bleiben viele Fragen

**Zu den Abläufen und Konsequenzen im Zusammenhang mit der Anfrage Israels an das Bundesministerium der Verteidigung zur**

**Bereitstellung von Transportpanzern Fuchs erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Im Zusammenhang mit den Anfragen Israels an das Bundesministerium der Verteidigung zur Bereitstellung von Transportpanzern Fuchs bleiben viele Fragen offen. Verteidigungsminister Struck muss die Vorgänge lückenlos gegenüber der Öffentlichkeit und dem Deutschen Bundestag aufklären. Es ist nicht ausreichend, die Angelegenheit quasi auf die subalterne „Arbeitsebene“ abzuschieben und so zu tun, als ob mit der Übernahme der politischen Verantwortung alles wieder in Ordnung sei. Immerhin soll der entscheidende Fehler im Verteidigungsministerium im Planungsstab geschehen sein, der fachlich und hochpolitisch unmittelbar und ausschließlich Verteidigungsminister Struck zuarbeitet.

Völlig ungeklärt ist die Frage, warum es trotz eindeutiger Hinweise im Anforderungsschreiben des israelischen Heeresinspektors auf die Bereitstellung von Transportpanzern Fuchs zu der Verwechslung mit dem ABC-Spürpanzer Fuchs kommen konnte. Unklar blieb bisher auch, wann und

wie viele Anfragen seitens Israels an das Verteidigungsministerium gestellt und wie diese im Einzelnen bearbeitet wurden. Darüber hinaus muss Verteidigungsminister Struck über die gezogenen Konsequenzen berichten und deutlich machen, welche Absicht die Bundesregierung im Hinblick auf die Bereitstellung von Transportpanzern an Israel hat. Wenn es stimmt, dass die Anfrage nach Fuchs-Transportpanzern nicht erst diese Woche, wie der Bundeskanzler behauptet hat, sondern dem Inhalte nach seit Monaten bekannt ist, muss die Frage gestellt werden, ob hier nicht bewusste Desinformation betrieben wurde. Die Sache hat einen unangenehmen Geruch.

ANDREAS STORM:

## Rententäuschung geht weiter

**Zu dem vom Bundeskabinett beschlossenen Rentenversicherungsbericht 2002 erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale Sicherung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Schon heute ist klar, dass der Rentenversicherungsbericht 2002 nicht das Papier wert ist, auf dem er steht. So sollte der Rentenbeitrag für

2003 nach der ungünstigsten Annahme im Rentenversicherungsbericht 2000 18,9% betragen, im Rentenversicherungsbericht 2001 19,2%. Wie wir nun nach der Bundestagswahl wissen, ist für 2003 eigentlich ein Rentenbeitrag von 19,9% erforderlich. Das beweist: Die rot-grüne Bundesregierung benutzt den jährlich zu erstellenden Bericht als Instrument des Tarnens und Täuschens. Wie sie vor der Bundestagswahl die Bürger monatlang trotz wiederholter Warnungen der Rentenversicherer mit einem angeblich stabilen Rentenbeitrag für 2003 hinter das Licht geführt hat, sind ganz offensichtlich auch die Annahmen im Rentenversicherungsbericht 2002 geschönt. So wird der Rentenbeitrag bis 2006 nicht sinken, sondern aller Voraussicht nach bereits im Jahr 2004 die 20%-Marke überschreiten. Das bedeutet: Für die Bundesregierung wird bereits im nächsten Jahr gesetzlicher Handlungsbedarf bestehen.

Um vom Scheitern der Rentenpolitik der rot-grünen Bundesregierung abzulenken, versucht Ministerin Schmidt erneut, den unionsgeführten Ländern die Verantwortung für den Anstieg des Rentenbeitrages im nächsten Jahr in die Schuhe zu schieben. Das ist dreist.

HELMUT HEIDERICH:

## Endlich Einigung in der Gentechnik-Kennzeichnung

**Aus Anlass der Einigung im EU-Ministerrat zu Kennzeichnungsregeln genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel erklärte der Bio- und Gentechnologiebeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Ich begrüße die Entscheidung. Endlich gibt es Planungssicherheit für Forscher und Hersteller und einen Fortschritt in der Lebensmittelkennzeichnung für die Verbraucher.

Mit der Entscheidung, ab einem 0,9%-Anteil genveränderter Organismen im Endprodukt eine Kennzeichnungspflicht auszulösen, haben die Minister einen brauchbaren Kompromiss nahe 1,0 % gefunden. Frau Künasts positive Reaktion sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie ihr eigenes Anliegen, einen möglichst niedrigen Schwellenwert einzuführen, nicht durchsetzen konnte.

Für die Verbraucher ist ein Zehntel Prozent des Grenzwerts allerdings nicht das Wichtigste. Wichtig ist, dass überhaupt EU-weit eine Regelung gefunden wurde. **UD**

MARIA EICHHORN:

## Rot-Grün lässt Familien im Stich

**Zur Haushaltsdebatte im Bundestag erklärte die familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Die rot-grüne Koalition macht nach der Wahl genau dort weiter, wo sie vor der Wahl aufgehört hatte: bei einer familien- und frauenfeindlichen Politik.

Nichts ist zu sehen von Maßnahmen zur Bekämpfung der Familienarmut. Die Einkommensschere zwischen Familien mit Kindern und Kinderlosen klapft immer weiter auseinander. Die einzige Antwort, die Rot-Grün auf diese Tatsache findet, ist die einseitige Förderung der Erwerbsarbeit von Eltern und der Ausbau der Kinderbetreuung. Die Bundesregierung plant keine Unterstützung für Eltern, die wegen der Betreuung ihrer Kinder für einen bestimmten Zeitraum auf Erwerbsarbeit verzichten.

Die Union dagegen hat mit ihrem Familiengeld ein Konzept entwickelt, das echte Wahlfreiheit für die Eltern bringt, denn es ist unabhängig von Erwerbstätigkeit und Einkommen der Eltern.

KATHERINA REICHE:

## Weltweites Klon- Verbot muss rasch kommen

**Anlässlich der Ankündigung des italienischen Arztes Severino Antinori, dass im Januar das erste Klon-Baby zur Welt kommen soll, erklärte die bildungs- und forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Es ist völlig unverständlich, dass die Bundesregierung die Verhandlungen zu einem internationalen Übereinkommen, das das Klonen weltweit verbieten soll, hat

scheitern lassen. Angesichts der Tatsache, dass ein Wissenschaftler intensiv an Klonversuchen mit Menschen arbeitet, wäre ein rasches Handeln angezeigt gewesen. Stattdessen hat es die Bundesregierung mit ihrer starrsinnigen Haltung geschafft, dass die Verhandlungen für ein Jahr ausgesetzt wurden. Die Bundesregierung sollte aufgrund der aktuellen Entwicklungen rasch an den Verhandlungstisch zurückkehren, damit nicht länger obskuren Wissenschaftlern in einigen Ländern Tür und Tor zum Klonen von Menschen geöffnet bleiben.

**UNBEDINGTE WÜRDE.** *Also doch: Nach dem Schaf kommt der Mensch. Erst wurde das Tier geklont, jetzt wird die Geburt des ersten Klon-Babys angekündigt. Dürfen Menschen geklont werden? Ist vielleicht doch alles, was geht, letztlich erlaubt? Und wieder taucht die alte Frage auf: Dürfen wir alles, was wir können? Eine Frage, die für viele heute bereits längst zu einer veralteten Frage geworden ist. Und doch muss wider alle moralische Stumpfheit und wider jede ethische Verflachung genau so gefragt werden. Warum? Weil es um Menschen geht – und um das Geheimnis des Lebens und seiner unbedingten Würde, die etwas mit dem Schöpfer und seinem Plan zu tun hat. Aber genau das klingt ja in vielen Ohren bereits wie von gestern und schrecklich unaufgeklärt. Ist es aber nicht. Mag sogar sein, dass sich in der Kultur des Respekts vor dem Leben und seinem Ursprung sowie der damit verbundenen Unverfügbarkeit die eigentliche Qualität moderner Aufklärung erweist. Rhein-Zeitung*

**UM 22,2 PROZENT** ist entgegen der Entwicklung des Einzelhandels insgesamt der Umsatz deutscher Apotheken gestiegen: auf rund 25,4 Milliarden Euro. Der Statistik zufolge brachte jeder Bundesbürger den Apotheken im vergangenen Jahr im Durchschnitt 310 Euro Umsatz. 1996 waren es 250 Euro gewesen. Die Zahl der Beschäftigten ist allerdings in den letzten fünf Jahren um 164.000 gesunken.

**EIN UMSATZVERLUST** in Höhe von drei Prozent wird nach Einschätzung von BMW-Konzernschef Helmut Panke die Folge der von Rot-Grün geplanten höheren Besteuerung von Dienstwagen sein. 20 Prozent der Kunden, werden sich – befürchtet Panke – für ein kleineres Modell entscheiden

**VERBOTEN BLEIBT** nach einer Bestätigung durch das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die radikal-islamische Vereinigung „Kalifatstaat“. Begründung: Religionsgemeinschaften können verboten werden, wenn sie sich „in kämpferisch aggressiver Weise“ gegen Demokratie, Rechtsstaat oder Verbürgung der Menschenwürde als den Grundelementen der verfassungsgemäßen Ordnung richten.

[www.aktionletzteshemd.de](http://www.aktionletzteshemd.de) – unter dieser Internet-Adresse hat ein Marketing-Fachmann aus Schwerte unmittelbar nach Verabschiedung des Steuer-Sparpakets im Bundeskabinett für die Entladung des Unmuts frustrierter Wählerinnen und Wähler ein Ventil geschaffen. Der Ärger von vielen auf diese Weise auf den Punkt gebracht: „Die wollen wirklich unser letztes Hemd haben. Das können sie!“ Zehntausende machen schon mit.

**GESCHEITERT** sind nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Klagen von Anwohnern gegen den Ausbau des Airbus-Flugplatzes in Hamburg-Finkenwerder. Ausschlaggebend für die zuständige Kammer des Ersten Senats: die positiven Folgen für die Allgemeinheit – Verbesserung der Infrastruktur und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

**UNTER VERDACHT** von Betrug und Untreue will die Berliner Staatsanwaltschaft ein förmliches Ermittlungsverfahren gegen die Schatzmeisterin der SPD, Inge Wettig-Danielmeier, einleiten. Nach Überzeugung der Staatsanwälte hat die Wuppertaler SPD 1999 von einem örtlichen Bauunternehmer 500.000 Mark gestückelt und teilweise unter falschem Namen angenommen. Die SPD-Bundesschatzmeisterin hatte den Vorgang ausführlich geprüft, ihn intern zwar als „ungewöhnlich“ bezeichnet, die Großspende aber angenommen

und im Rechenschaftsbericht veröffentlicht.

**DIE WEHRPFLICHT** in Deutschland verstößt nach Einschätzung der EU-Generalanwältin Christine Stix-Hackl nicht gegen europäisches Recht. Sie empfahl deshalb dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg, das Begehren eines deutschen Jura-Studenten abzuweisen, der die Wehrpflicht nur für Männer als Diskriminierung und damit als Verstoß gegen Europäisches Recht ansieht. Erklärung der EU-Generalanwältin: Die Wehrpflicht fällt nicht unter die EU-Vorschriften zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen.

**IM KOPF** der Deutschen ist der Euro auch ein Jahr nach Einführung nicht angekommen. Wie die Verbraucherzeitschrift „Guter Rat“ hat ermitteln lassen, rechnen 84 Prozent der Befragten Euro-Beträge immer noch in D-Mark um. Nur 15 Prozent kommen mit der neuen Währung „zurecht“. **UID**

# Unsere türkischen Freunde haben mehr **Ehrlichkeit** und Aufrichtigkeit verdient

*Sollte die Bundesregierung der Türkei einen festen Termin für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nennen?*

**Wolfgang Schäuble:** Nein. Die Bundesregierung würde damit nur ihre unverantwortliche Politik fortsetzen, falsche Hoffnungen zu wecken und erneut herbe Enttäuschungen zu provozieren. So können wir mit unseren türkischen Freunden nicht umgehen. Sie haben mehr Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit verdient. Die Wahrheit ist doch, dass Länder, die wie die Türkei oder auch Russland nur zum kleineren Teil überhaupt in Europa liegen, nicht zu einer Europäischen Union gehören können, die mehr sein will als nur eine locker und willkürlich zusammen gewürfelte Freihandelszone. Die Europäische Union fußt auf der gemeinsamen Geschichte, übereinstimmenden Werten und einer gewachsenen Identität der Bürger in ihren Mitgliedstaaten. Das lässt sich anderen nicht einfach überstülpen.

*Was halten Sie von der These, der Helsinki-*

CDU-ONLINE-  
FRAGEN ZU EINEM  
EU-BEITRITT DER  
TÜRKEI

*schluss der EU-Staats- und Regierungschefs aus dem Jahr 1999 sei „unumkehrbar“, der Zug Richtung EU-Beitritt der Türkei längst abgefahren?*

**Wolfgang Schäuble:** Natürlich kann die EU nicht einfach darüber hinweggehen, dass sie der Türkei über Jahrzehnte immer wieder Angebote und Versprechungen gemacht und sie in Helsinki sogar zum Beitrittskandidaten gekürt hat. Deswegen wird man mit der Türkei ganz offene Gespräche führen müssen über die Frage, wie es einvernehmlich zu einer Lösung kommen kann, die den Interessen beider Seiten am besten gerecht wird. Entschieden ist noch gar nichts. Wenn das so wäre, bräuchten wir die ganze Diskussion ja nicht zu führen.

*Der türkische Wunsch nach einer EU-Vollmitgliedschaft wirft Fragen*

*nach den Grundlagen, Zielen, Inhalten und Grenzen Europas auf. Hätten diese Fragen nicht vor dem Helsinki-Beschluss geklärt werden müssen? Welche Rolle könnte in diesem Zusammenhang der EU-Konvent zur Ausarbeitung einer europäischen Verfassung spielen?*

**Wolfgang Schäuble:** Den Bürgern in Europa jedenfalls sind die Grundlagen und Grenzen Europas viel mehr und deutlicher bewusst als denen, die dauernd unhaltbare Versprechungen machen. Deswegen war der Helsinki-Beschluss, mit dem der Türkei der Kandidatenstatus zuerkannt wurde, ja auch falsch und gefährlich. Und vom EU-Konvent zur Ausarbeitung einer europäischen Verfassung erwarten die Menschen zu Recht, dass er ihre Vorstellungen von einem starken und einigen Europa aufgreift und in eine Form bringt, die die Effizienz, Transparenz und damit auch die Legitimität europäischer Institutionen und Entscheidungsprozesse wieder herstellt.

*Die USA wollen mithilfe der NATO, aber auch mit einem EU-Beitritt der Türkei, die demokratischen islamischen Kräfte zwischen Bosphorus und Hindukusch stärken. Auf diese Weise könnte eine moderne islamische Gegenwelt zu islamistischen Weltentwürfen geschaffen werden. Sprechen für diese amerikanische Sicht nicht gute Gründe?*

**Wolfgang Schäuble:** Mindestens ebenso gute Gründe gibt es für die Einschätzung von Experten, dass die Türkei ihre positive Rolle in der Region und mit Ausstrahlung nach Zentralasien noch besser und wirkungsvoller wird spielen können, wenn sie eben nicht ausschließlich als europäisches Land auftritt. Das Ziel, die Türkei dauerhaft und fest an den Westen zu binden, ist doch unbestritten. Es liegt übrigens nicht nur in amerikanischem, sondern doch auch in unserem ureigensten Interesse. Deutschland ist – wie andere europäische Staaten auch – ja nicht nur in der NATO ein überzeugter und treuer Bündnispartner der Türkei, sondern ihr darüber hinaus auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet eng verbunden. Wenn es nach uns geht,



## Pöttering im Vatikan

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, hat am 25. und 26. November Gespräche im Vatikan über christliche Ökumene und Dialog mit dem Islam geführt. Auf einer privaten Audienz richtete er Papst Johannes Paul II. Grüße der EVP-ED Fraktion aus und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass

der Papst der Einladung des Parlaments folgen werde. Pöttering erläuterte dem Papst die in der letzten Plenarsitzung geführte Debatte über die Erweiterung der Europäischen Union, in der Pöttering die herausragende Rolle des Papstes für die Einigung des europäischen Kontinents in Frieden und Freiheit hervorgehoben hatte.

soll dieser Austausch noch vielfältiger und intensiver werden. Dazu braucht es aber nicht die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU.

**Gibt es aus Ihrer Sicht eine Alternative zu einem EU-Beitritt der Türkei?**

**Wolfgang Schäuble:** Es sind sogar viele Möglichkeiten und Wege denkbar, auf denen das besondere Verhältnis der Türkei zu Europa in eine angemessene Form gebracht werden kann. Die

EVP, unsere europäische Mutterpartei, hat sogar eigene Modelle entworfen für eine institutionalisierte Zugehörigkeit und für Assoziierungsabkommen mit solchen Staaten, die eng, aber eben nicht als Vollmitglied zur EU gehören können. Die Zusammenarbeit mit der Türkei lässt sich auf vielen klassischen Politikfeldern der EU intensivieren, ohne dass sie dazu Mitgliedstaat sein muss.

**UD**

# CDU Sachsen verleiht den „Ehrenamts-Georg 2002“

Landesvorsitzender und Ministerpräsident Georg Milbradt bezeichnete das Forum „Ehrenamt“ der Sächsischen Union in Limbach-Oberfrohna mit über 500 Gästen als „überaus gelungen und vollen Erfolg“.

Erstmals verlieh die CDU Sachsen an fünfzehn Persönlichkeiten aus Sport, Kultur, Musik, Kirche, Feuerwehr, Soziales und Tierschutz den „Ehrenamts-Georg 2002“. Namensgeber und Landesvater Georg Milbradt, der in Zeiten der Flut die gelben Gummistiefel zum Symbol für Auf-

bau und als Sympathieträger prägte, unterstrich in seinem Grußwort die Bedeutung von privaten Initiativen und bürgerschaftlichen Engagement in unserer Gesellschaft.



## Ehrenamts-Bescheinigungen auf Schulzeugnissen

Gastredner Manfred von Richthofen, Präsident des Deutschen Sportbundes, forderte erneut die Einführung eines Ehrenamtgesetzes, um „unerträgliche Hemmnisse und überzogene Bürokratie für ehrenamtliche Tätige abzubauen“. Gleichzeitig regte er an: „Ehrenamts-Bescheinigungen auf Schulzeugnissen könnten auch für sächsische Schülerinnen und Schüler sinnvolle Ergänzungen und Hilfen bei weiteren Bewerbungen sein.“

## NORDRHEIN-WESTFALEN

### Übungsleiter-Pauschale erhalten

Als „unsportlichen Täuschungsversuch“ haben die CDU-Landtagsabgeordneten Jürgen Rüttgers und Michael Breuer die Aussage der SPD bezeichnet, wonach die Übungsleiterpauschale auch im nächsten Jahr gesichert sei. „Statt von elf auf sechs Millionen soll die Pauschale jetzt auf neun Millionen Euro gekürzt werden“, berichteten Rüttgers und Breuer. Die rot-grüne Koalition billige im Landtag also eine Kürzung von mehr als zwei Millionen Euro. Die CDU-Fraktion will im Sportausschuss des Landtags den Antrag stellen, die Kürzung in voller Höhe zurückzunehmen.

# Neues rot-grünes Schurkenstück: Schlauch zum Gärtner gemacht

Als neues rot-grünes Schurkenstück gegen den Mittelstand bezeichnete der Hauptgeschäftsführer der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Hans-Dieter Lehnen, die Berufung des Grünen Rezzo Schlauch zum „Mittelstandsbeauftragten der Bundesregierung“.

Ausgerechnet Schlauch sollte darauf achten, dass „die Anliegen des Mittelstands angemessen berücksichtigt werden.“ Auch solle er Existenzgründern in Finanzierungsfragen zur Seite stehen, wobei die noch zu gründende Mittelstandsbank eine entscheidende Rolle spielen werde, hieß es aus dem Clement-Ministerium.



## Auch Flug auf Steuerzahlerkosten kaum Qualifikationsnachweis

Schlauch, der seinen Posten als Fraktionsvorsitzender im Bundestag wegen eines Erste-Klasse-Fluges auf Steuerzahlerkosten mit „Miles & More“ nach Bangkok aufgeben musste, gibt in seiner Biografie die Mitgliedschaft im „Wirtschafts-

verband Unternehmensgrün“ an. Lehnen: „Dies ist ja wohl kaum ein angemessener Qualifikationsnachweis. Erst verursacht Rot-Grün durch die eigene verfehlte Politik einen Pleitenrekord mit fast 42.000 Unternehmensinsolvenzen, um dann den geschundenen Selbstständigen und neuen Wagemutigen in „Finanzierungsfragen“ zur Seite zu stehen. Mit ihrer Entscheidung hat die Bundesregie-

rung den Schlauch zum Gärtner gemacht.“

Man könne gespannt darauf sein, was diese Regierung dem Mittelstand in Deutschland noch alles zumute. Dieter Lehnen: „Statt Signale des guten Willens und der Bereitschaft, etwas zur Verbesserung der Wirtschaftslage zu tun, zeigt Rot-Grün auch durch solche Personalien seine sadistische Lust, den Mittelstand zu quälen.“

## BADEN - WÜRTTEMBERG

### CDU-Fraktion für stärkeren Ausbau der **Wasserkraft**

„Der Ausbau der Wasserkraft ist der wichtigste Baustein, wenn wir den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung im Land auf 12 Prozent erhöhen und damit verdoppeln wollen.“

Mit diesem Satz ging die energiepolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Stuttgarter Landtag, Carmina Brenner, auf Äußerungen der Grünen im Landtag ein und be-

grüßte es, dass „die Grünen endlich aufgreifen, was die CDU schon lange will, nämlich die Förderung der großen Wasserkraft an Rhein und Neckar“.

Nach Ansicht der CDU soll der Ausbau der Wasserkraft allerdings nicht durch Dauersubventionen nach dem Energieeinspeisungsgesetz gefördert werden, sondern durch ein Quotenmodell, das echte Mengenziele für erneuerbare Energien zulasse.

# Rot-Grün handelt auch dem Koalitionsvertrag **diametral entgegen**

**Auf der jüngsten Sitzung des Mittelstandsforums der Konrad-Adenauer-Stiftung, einer Runde von mittelständischen Unternehmern und Politikern in Berlin, wurde die Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien einer eingehenden Prüfung unterzogen.**

Der 87 Seiten umfassende rot-grüne Koalitionsvertrag verspricht, sich „für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland“ einzusetzen. Darüber hinaus kündigen die Koalitionäre in dem Papier an, „eine gezielte Politik für den Mittelstand“ zu machen.

## Unternehmerische Eigeninitiative abgewürgt

Das Mittelstandsforum der Konrad-Adenauer-Stiftung stellt hierzu fest: Das tatsächliche Regierungshandeln von Rot-Grün steht in einem diametralen Gegensatz zu den Aussagen und Versprechungen des Koalitionsabkommens. Vielmehr zeige sich, dass der

MITTELSTANDS-  
FORUM DER  
KONRAD-ADEN-  
AUER-STIFTUNG  
ANALYSIERT ROT-  
GRÜNEN KOALI-  
TIONSVERTRAG

Staat zunehmend Aufgaben übernehme, dagegen aber unternehmerische Eigeninitiative abwürge. Beweis hierfür seien die Steuererhöhungen in Höhe von 67,4 Mrd. Euro. Auch von einem Abbau der Subventionen und einer konsequenten Reform der öffentlichen Verwaltung könne keine Rede sein. Auch würden, so das Mittelstandsforum, allein für das Jahr 2003 die Sozialabgaben von mindestens 15,7 Mrd. Euro erhöht.

Durch die Anhebung von Beitragsbemessungsgrenzen und die Beschränkung des Wechsels zu privaten Anbietern würden immer mehr Bürger zwangsweise den staatlichen Sicherungssystemen zugeführt. Private Vorsorge werde dadurch erschwert und teilweise verhindert. Das Ziel „Wachs-

tum“ kann so nach einhelliger Meinung der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute nicht erreicht werden.

## Weniger Staat – mehr Selbstverantwortung und Freiheit

Das Mittelstandsforum der Konrad-Adenauer-Stiftung belässt es aber nicht nur bei der Kritik an den wirtschaftspolitischen Schritten der rot-grünen Bundesregierung, sondern unterbreitet eigene Vorschläge zur „Förderung von Wachstum und Beschäftigung“. So fordert das Mittelstandsforum: Weniger Staat – mehr Selbstverantwortung und Freiheit! Der Staat muss sich konsequent auf das Subsidiaritätsprinzip zurückziehen. Nur durch eine Absenkung der Steuer- und Abgabenlast sowie eine radikale Entbürokratisierung können Vertrauen, eine neue Dynamik und damit neue Arbeitskräfte geschaffen werden.

Das Mittelstandsforum der Konrad-Adenauer-Stiftung fordert von der Regierung, dass sie klare Ziele und

Vorgaben definiert und diese regelmäßig auf ihre Erfüllung hin überprüft.

Die überwiegende Anzahl der mittelständischen Betriebe beruht auf dem Prinzip von Verantwortung, persönlicher Haftung, Flexibilität und Innovation. Diese Prinzipien müssen gestärkt werden. Und zwar durch die Umstellung von öffentlichen Fördermaßnahmen zu Instrumenten der Eigenkapitalstärkung von mittelständischen Betrieben; durch die Besserstellung von Privatunternehmen mit persönlicher Haftung durch natürliche Personen; durch die Öffnung des Tarifrechts für innerbetriebliche Bündnisse für Arbeit und eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts.

### Öffentliches Engagement und Bürgersinn stärken

Auch an die Wirtschaft, so das Mittelstandsforum, müssen Forderungen gestellt werden. So muss einer Selbstbe-

dienungsmentalität von Vorständen Einhalt geboten werden. Die Wirtschaft soll durch eigene Kooperationen mit Hochschulen eine auch international anerkannte Fachausbildung gewährleisten. Das vergangenheitsbezogene Anspruchdenken hat heute, so das Forum der Konrad-Adenauer-Stiftung, keinen Platz mehr. „Öffentliches Engagement und die Stärkung des Bürgersinns müssen wieder zu neuer Bedeutung kommen.“



besetzt zum Frühjahr 2003 die Stelle einer/s

## FRAKTIONSGESCHÄFTSFÜHRERIN/ERS

Eine dem übertragenen Aufgabengebiet entsprechende Vergütung ist vorgesehen.

Wenn Sie

- Absolventin/Absolvent entweder des Studiums der Verwaltungswissenschaft, der Rechtswissenschaft, der Politikwissenschaft oder einer wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Disziplin sind, oder aber über eine vergleichbare Qualifikation verfügen
- Freude und Interesse an der Kommunalpolitik haben
- gerne selbstständig und eigenverantwortlich arbeiten

dann schicken Sie Ihre Bewerbung an:

CDU-Stadtratsfraktion • Rathausplatz 2 - 4 • 79098 Freiburg  
z. Hd. der Fraktionsvorsitzenden Martina Feierling-Rombach,  
Tel.: 0761/2434824

**DIE STIMMUNG** in der Wirtschaft hat sich zum 6. Mal in Folge verschlechtert. Zu diesem Ergebnis kommt der neue Geschäftsklimaindex der gewerblichen Wirtschaft, den das Ifo-Institut vorgestellt hat. Danach sackte der Geschäftsklimaindex für Westdeutschland von 87,7 auf jetzt 87,3 Punkte, in Ostdeutschland sank die Stimmung von 97,8 auf 95,0 Punkte.



## VERMÖGENSTEUER

### Fördert Kapitalflucht und schadet der Konjunktur

„Ein Prozent Vermögensteuer macht die Menschen nicht arm, aber 100 Prozent der Kinderreicher“, begründet der niedersächsische Ministerpräsident Gabriel die geplante Wiedererhebung der Vermögensteuer. Das klingt gut, vor allem im Wahlkampf, ist aber doch nur die halbe Wahrheit. Denn die Vermögensteuer wird aus gutem Grund seit 1997 nicht mehr erhoben. Sie ist ungerecht, verfassungsrechtlich bedenklich, bringt vergleichsweise geringe Einnahmen, ist äußerst kompliziert zu erheben, fördert die Kapitalflucht und schadet der Konjunktur. Die Welt

### Einige Länder sehen keinen anderen Ausweg mehr

Die Vermögensteuer wird aller Voraussicht nach kom-

men, wenn der Wahltag in Niedersachsen und Hessen Anfang Februar erst vorbei ist. Sie wird schon deshalb kommen, weil etliche Bundesländer angesichts leerer Kassen keinen anderen Ausweg mehr sehen. Der Bund hat viele Aufgaben nach unten weggedrückt und sich so von Kosten entlastet. Deshalb sind es die Länder und die Kommunen, die am schlimmsten unter der öffentlichen Finanznot leiden. Weil angesichts zusammenbrechender Einnahmen immer größere Teile der öffentlichen Haushalte für Gehälter und Schuldentilgung, aber auch für Soziales ausgegeben werden müssen, bleibt kaum noch etwas für Investitionen. Inzwischen werden immer mehr öffentliche Einrichtungen, seien es Schulen, Straßen oder Klärwerke, „auf Verschleiß gefahren“. Das kann man einige Jahre machen. Doch das kommt, wie jeder Hausbesitzer weiß, auf Dauer teuer zu stehen. Wo es hinführen kann, hat jeder-mann am Ende der DDR be-sichtigen können.

Stuttgarter Zeitung

## HARTZ-KONZEPT

### Verwässert

VW-Manager Peter Hartz ist enttäuscht. Der ausgeklügelte Plan, der zwei Millionen Menschen in Arbeit bringen sollte, wird Stück für Stück verwässert und beschnitten. Ob ein solcher Torso am Ende für mehr Beschäftigung sorgen kann, ist immer weniger zu erkennen. „Ein zu eins“ sollte das von seiner Kommission vorgelegte Konzept zur Reform des Arbeitsmarktes umgesetzt werden. Darauf hatte ihm Bundeskanzler Gerhard Schröder in aller Öffentlichkeit sein Wort gegeben. Das war vor der Wahl. Und damals gingen Versprechen leicht über die Lippen. Aber nach der Wahl wissen offenkundig auch Gewerkschafter nicht mehr, wofür sie zuvor waren. Sie holen die populäre Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit aus der fundamentalen Kiste. Damit nehmen sie nicht nur dem Modell Leiharbeit den Anreiz. Sie ge-



führen zugleich die bestehenden Jobs auf Zeit. Und ein Kanzler, der seine Wiederwahl in hohem Maße den Stimmen aus den Gewerkschaften verdankt, weiß schließlich, vor wem er sich verneigen muss.

Mitteldeutsche Zeitung

## ÖFFENTLICHER DIENST

### Frank Bsirske am längeren Hebel

Der Berliner Senat fordert eine Nullrunde für den öffentlichen Dienst. Doch der Vernunft-Appell dürfte Gewerkschaftsführer Frank Bsirske kaum aus der Ruhe bringen. Seine Chancen stehen gut, diese Tarifrunde zu seinen Gunsten mit einer kräftigen Anhebung der Löhne zu entscheiden. Denn er sitzt am längeren Hebel. Die Wahlkämpfer in Niedersachsen und Hessen können derzeit nichts weniger gebrauchen als einen Arbeitskampf. Und mit den auf breiter Front von Bund und Ländern angekündigten Steuer-

Als Helmut Kohl blühende Landschaften versprach, hat er sich geirrt. Aber er hat nicht gelogen. Als Schröder sich im Sommer kategorisch gegen Steuererhöhungen aussprach, hat er sich nicht geirrt. Er hat gelogen. Deshalb ist es auch völlig egal, was Schröder jetzt im Deutschen Bundestag verspricht. Man wird ihm nicht glauben.

Financial Times Deutschland

erhöhungen und zusätzlichen Schulden ist schließlich auch schon die Finanzierung eines überhöhten Tarifabschlusses in Sicht. Da mögen im Finanzplanungsrat verzweifelte Finanzminister einander einmal mehr Sparsamkeit geloben – es hat sich inzwischen herum gesprochen, dass ein Bruch der dort gegebenen Schwüre nicht geahndet wird, nicht einmal mehr aus Brüssel.

Frankfurter Allgemeine

## PARTEISPENDEN

### Anfangsverdacht, aber immerhin

Aus dem Parteispendensumpf steigen in diesen Tagen viele Blasen auf – nun hat es auch die Schatzmeisterin der SPD, Inge Wettig-Danielmeier, erwischt. Gegen sie wird ermittelt, weil sie an-

geblich bei den Wuppertaler Sozialdemokraten nicht genau genug hingeschaut hat. Es gab in der Stadt im Bergischen frühzeitig Hinweise auf Mauseleien beträchtlicher Größenordnung, die in Berlin offenkundig nicht ernst genommen wurden. Es ist nur ein Anfangsverdacht, aber immerhin. Auch ihre Gegner werden Frau Wettig-Danielmeier nicht vorwerfen, dass sie Gesetz und Verfassung vorsätzlich missachtet habe. Aber darauf kommt es nicht an. Im Zusammenhang mit Spendenangelegenheiten in Wuppertal gibt es ihre Bemerkung, sie habe bei der Behandlung des Falles „Bauchschmerzen“ gehabt, aber dennoch geglaubt, die Sache werde schon in Ordnung sein. Hoffnung allein reicht aber nicht. Es muss nicht immer Vorsatz sein, bewusste Fahrlässigkeit ist auch strafbar.

Süddeutsche Zeitung





**Klappkarte „Es wird keine  
Steuererhöhungen geben“**

Bestell-Nummer: **9985**  
Preis je **100 Stück: 20,00 €**  
inkl. MwSt.: 21,40 €

**Plakat  
„Steuererhöhungen ziehen wir  
nicht in Betracht“**

DIN A1  
Bestell-Nummer: **7987**  
Preis je **50 Stück: 25,00 €**  
inkl. MwSt.: 29,00 €

DIN A0  
Bestell-Nummer: **7988**  
Preis je **50 Stück: 37,50 €**  
inkl. MwSt.: 43,50 €



**Parkscheibe  
„Mit uns fährt man besser“**

Bestell-Nummer: **9814**  
Preis je **100 Stück: 28,63 €**  
inkl. MwSt.: 33,21 €

**BESTELLANSCHRIFT**

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162,33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
[cdu-shop@bertelsmann.de](mailto:cdu-shop@bertelsmann.de)

Die Preise sind inkl. 7 % bzw. 16 % MwSt.  
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.



Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.



### Aufkleber „Rot-Grün macht sauer!“

Siehe Aktionshinweis auf Seite 9

55 mm x 40 mm

Bestell-Nummer: **9994**

Preis je **100 Stück:** **10,00 €**

inkl. MwSt.: **11,60 €**

### Postkarten

„Mensch ärgert sich!“

„So bedankt sich Rot-Grün bei den Wählern.“

„Ich verspreche Ihnen, das ist ein Apfel!“

Bestell-Nummern: **9995 / 9996 / 9997**

Preis je **100 Stück:** **5,25 €**

inkl. MwSt.: **6,10 €**

Mensch ärgert sich!



Besser für die Menschen.



So bedankt sich Rot-Grün bei den Wählern.



Besser für die Menschen.



„Ich verspreche Ihnen: Das ist ein Apfel!“



Besser für die Menschen.



Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.  
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.